

Gegenüberstellung: Wahlprüfsteine der Handwerkskammer und ihre Thematisierung in den Wahlprogrammen der Bürgerschafts-Parteien (2020)

Nachwuchsgewinnung und Fachkräfte

Kompetenzen der Schulabgänger verbessern	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Lesen, Schreiben, Rechnen besser entwickeln	<p>Verstärkung frühkindlicher Sprachförderung und Verbesserung der Grundschullehrer-Ausbildung angestrebt.</p> <p>Überarbeitung der Bildungspläne in Deutsch und Mathematik geplant sowie Erhöhung der Unterrichtsstunden für Mathematik in der Oberstufe der Stadtteilschulen. Ganztagschulen bieten zusätzliche Lernangebote und Hilfe bei den Hausaufgaben. Erhöhung der Lehrerdichte an Grundschulen, um Schüler mit Förderbedarf besser unterstützen zu können. (S.64 / 66-70)</p>	<p>Qualitätsoffensive für Schulen geplant sowie Ausbau frühkindlicher / vorschulischer Bildung. Einrichtung von „Bildungshäusern“ angestrebt, zur Verzahnung von Elementar- und Primarbereich. Mehr Personal für gestiegenen Förderbedarf im Fach Deutsch geplant. Forderung einer Flexibilisierung der Grundschulzeit. Aufteilung des Unterrichts in leistungsstarke und –schwächere Gruppen gefordert sowie Ermöglichung der begründeten Wiederholung einer Klassenstufe. (S. 50-52 / 57)</p>	<p>Einrichtung von „Bildungshäusern“ angestrebt – Kita und Grundschule unter einem Dach. Individuelles Lernen soll mit neuen Lehr- und Lernstrukturen erprobt werden – Schulversuch „Lernen im eigenen Takt“.</p> <p>Forderung der Abschaffung von Hausaufgaben. (S. 124-125)</p>	<p>Aufstockung des pädagogischen und nichtpädagogischen Personals gefordert. (S. 48)</p>	<p>Individuelle Förderung der Schüler ohne großen personellen Mehrbedarf durch digitales Klassenzimmer geplant sowie MINT-Offensive mit MINT-Laboren und entsprechend fortgebildetem Lehrpersonal an den Schulen.</p> <p>Kernkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) sollen gestärkt werden. Individuelle Förderung der Schüler durch Lerngruppen, Nachhilfeunterricht und die Möglichkeit freiwilliger Klassenwiederholungen gefordert. (S. 6-10)</p>	<p>Verbindliche Zeiten für Üben und Wiederholen in den Kernfächern gefordert. Aufteilung in leistungsstarke und –schwächere Gruppen in den Kernfächern sowie mehr Stunden für die MINT-Fächer geplant. Planung einer Ausstattung der Fachräume in Kooperation mit der Wirtschaft sowie zusätzliche Anwerbung von Fachlehrern. Digitalisierung des Unterrichts nicht zulasten der Handschrift und der Grundrechenarten. Wiederholungen einer Klassenstufe ermöglichen. (S. 22-23 / 39)</p>



Kompetenzen der Schulabgänger verbessern	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
soziale und kommunikative Kompetenzen stärken	Weiterentwicklung der Nachmittagsangebote der Ganztagsbetreuung angestrebt. Angebot des Religionsunterrichts für alle, mit dem Ziel der Entwicklung von Toleranz und Respekt gegenüber anderen Religionen und Weltvorstellungen. Sozialräumlich orientierte, niedrigschwellige Angebote in allen Stadtteilen und Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. (S. 68-69)	Weiterentwicklung von Maßnahmen für Schüler mit extrem ausgeprägten Förderbedarfen, insbesondere im sozial-emotionalen Bereich angestrebt. Die soziale Durchmischung von Kitas und Schulen soll vorangebracht werden. Pädagogik und Sozialarbeit sollen mehr Diskurselemente erhalten, um eine liberale Streitkultur zu entwickeln. Einführung von Anti-Extremismus-Programmen für Schüler. Kulturführerschein für Kinder und Jugendliche – dieser soll Kompetenzen enthalten, die Schüler am Ende der Grundschulzeit und jeweils bei Erreichen der verschiedenen Abschlüsse erworben haben sollten. (S. 25 / 53-55 / 75)	Stärkung der demokratischen Bildung an den Schulen. Gelebte Werte in den Bildungsinstitutionen wie gegenseitiger Respekt, Partizipation, Bildungsgerechtigkeit und Toleranz spielen eine zentrale Rolle. Unterstützung von Antidiskriminierungs- und Aufklärungsprojekten geplant. Klimaschutz soll als Bestandteil von BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) in allen Bildungseinrichtungen sowie non-formalen Bildungsorten stärker und ganzheitlicher verankert werden. (S. 10 / 126)	Forderung eines inklusiven Schulgesetzes – eine Schule für alle, mit dem Ziel der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Ermöglichung individueller Bildungswege. Nachhaltige Stärkung der außerschulischen politischen Bildung geplant. Vermittlung von digitalen Kompetenzen in der Schule frühestens ab Klasse 8 oder 9, inklusive Aufklärung über Gefahren. (S. 48 / 50 / 60)	Keine Aussage	Schule soll Werte vermitteln: Verantwortung, Teamfähigkeit, Ehrlichkeit, Fleiß, Verlässlichkeit, Toleranz, Kameradschaft, Gewaltfreiheit, Solidarität, individuelle Freiheit, Primat des Rechtsstaats und Demokratie. (S. 27)



Kompetenzen der Schulabgänger verbessern	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Ausbildungsreife	Gründung eines „Hauses der digitalen Welt“ mit Weiterbildungsangeboten auch für Schüler und Lehrkräfte geplant. Entwicklung von Programmen (mit Schulen, Hochschulen und Bildungsträgern), die auf die Ausdifferenzierung der Kompetenzen in einer digitalen Welt vorbereiten. Laptops, Smartphones und digitale Technik sollen im Unterricht genauso selbstverständlich eingesetzt werden können wie Buch, Arbeitsheft und Füllfederhalter – Ausstattung aller Unterrichtsräume mit geschütztem WLAN und digitalen Tafeln in den nächsten 5 Jahren. (S. 24 / 51 / 66)	Ausbau (außer-)schulischer Medienkompetenzprogramme geplant sowie ein frühes und flächendeckendes Angebot des Fachs Informatik. (S. 56)	Schule soll Grundkompetenzen im Programmieren und der Funktionsweise von Algorithmen vermittelt. (S. 126)	Förderung der Medienkompetenz gefordert. (S. 54)	Digitalkompetenz und technologisches Grundwissen sollen schon früh vermittelt werden. (S. 14)	Einsatz digitaler Techniken im Schulunterricht soll gefördert werden. (S. 39)



Duale Ausbildung fördern	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Werkräume wieder einführen: anwendungsorientiertes Lernen	Keine Aussage	Es wird geplant, Handwerkerhöfe neben Stadtteilschulen anzusiedeln. Damit sollen auch Möglichkeiten geschaffen werden, eine Ausbildung bereits während der Schulzeit zu beginnen. (S. 53)	Keine Aussage	Werkstatträume sollen geschaffen werden. (S. 48)	Keine Aussage	Keine Aussage
Berufsorientierung auf Handwerksberufe (fächerübergreifend) an Stadtteilschule und Gymnasium verstärken: Akademisierungstrend bremsen	Berufsorientierung an Stadtteilschulen und Gymnasien mit neuen Bildungsplänen weiter ausbauen. Einführung von Praxisklassen an zahlreichen Stadtteilschulen mit dem Ziel. Die Übergangsquote in Ausbildung zu verdoppeln. (S. 70)	Bezeichnung von „Handwerk und Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft“. Schule und Ausbildung sollen enger verzahnt werden (Idee „Handwerkerhöfe“, s.o.). Einführung von Pflichtpraktika für Lehrer, um Berufsorientierung an den Schulen zu verbessern. (S. 53 / 57)	Ausbau der Berufsorientierung angestrebt. (S. 130)	Keine Aussage	Zitat: „Ein Meister muss in der gesellschaftlichen Anerkennung so viel wert sein wie ein Master“. Berufsorientierung soll gestärkt werden. Weiterbildung von Lehrkräften angestrebt, um bessere Kontakte zu Betrieben zu etablieren. Ausbildungsbetriebe sollen stärker in die Schulen gebracht werden. (S. 10 / S. 39)	Zitat: „Duales System statt Akademisierungswahn.“ (S. 28)



Duale Ausbildung fördern	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
<p>konzertierte Aktion „pro duale Ausbildung“</p>	<p>Schaffung von mindestens 2500 neuen Wohnheimplätzen für Azubis in der nächsten Dekade. Wohn- und Lebenssituation von Azubis sind Bestandteil der Fachkräftestrategie des Senats. Schaffung einer Förderrichtlinie für eine wohnbegleitende Beratung für Azubiwohnheime. Investition von rund 700 Mio. Euro in Sanierung, Umbau und Neubau staatlicher Berufsschulen. Berufliche Hochschule Hamburg als neues Angebot für junge Menschen, die Ausbildung und Studium kombinieren möchten. AV Dual weiter fördern und verbessern und so Übergangsquoten in Ausbildung erhöhen. Erhöhung der Förderung von Auslandsaufenthalten während der Berufsausbildung. (S. 56 / 71-72 / 74)</p>	<p>Forderung nach noch besseren Berufsschulen und mehr Wohnheimplätzen für Auszubildende. Erstattung der Gebühr für Meisterschulen angestrebt. (S. 18 / 21 / 36)</p>	<p>Förderung der Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung: Aufstiegsfortbildungen im Anschluss an die Berufsausbildung dürfen nichts kosten. (S. 131)</p>	<p>Ausbau städtischer Wohnheimplätze für Auszubildende. Forderung: „Alle Schulabgänger mit MSA müssen das Recht auf eine berufliche Ausbildung bekommen und umgehend beginnen können“. Betriebe, die nicht ausbilden, finanzieren außerbetriebliche Ausbildung über eine Ausbildungsumlage. (S. 10 / 48)</p>	<p>Start einer Exzellenzinitiative für die Berufliche Bildung mit Begabtenförderungsprogramm für Auszubildende. Erarbeitung von Wohnkonzepten für Auszubildende. Bestmögliche technische Infrastruktur und Ausstattung für Berufsschulen gefordert. Einführung des Frühwarnsystems „PräeLab“ zur Ausbildungsabbruch-Prävention an einer Auswahl von Berufsschulen geplant. Unterstützung kleiner Betriebe, Auszubildendenkooperationen einzugehen. Stärkung des dualen Studiums spezifisch für das Handwerk. (S. 10 / 20 / 40)</p>	<p>Duale Ausbildung trägt zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei. Sie ist entscheidender Erfolgsfaktor der Wirtschaft im globalen Wettbewerb. Abwehr aller Versuche, das System zu schwächen. Institutionalisierte Hilfen für die Wahl des richtigen Berufs beschleunigt einführen. Abbrecherquote vermindern. (S. 29)</p>



Mitarbeiter qualifizieren	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
<p>Ältere Mitarbeiter und Helfer verstärkt weiterbilden</p>	<p>Schaffung des „Bündnisses für gute Arbeit“ zur Entwicklung von Instrumenten zur Arbeitsmarktförderung. Bildung einer Arbeitsgruppe im Rahmen des Fachkräftenetzwerks mit dem Schwerpunkt „Weiterqualifizierungsanforderungen der Digitalisierung“ – Entwicklung modularer Angebote, die auch nebenberuflich nutzbar sind. Schaffung eines „Innovations- und Transfercenter Arbeit 4.0“, eine Beratungseinrichtung für KMU, Betriebsräte und Arbeitnehmer. Bündelung von Angeboten der Erwachsenenbildung an einem Ort als zentrale Anlaufstelle. Einsatz für gesetzlichen Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung. Entwicklung einer „Hamburger Weiterbildungsstrategie“. (S. 55 / 57-58)</p>	<p>Förderung von Weiterbildungen angestrebt. (S. 17)</p>	<p>Lebenslanges Lernen ist wichtig. Schaffung einer „Bildungszeit Plus“ (Unterstützung von Erwachsenen mit einem Mix aus Darlehen und Zuschuss). Erreichbarkeit der Angebote für spezifische Zielgruppen (z.B. Frauen) erhöhen. Fortbildungen im Bereich Digitalisierung für Arbeitnehmer gemeinsam mit Unternehmen entwickeln. Möglichkeiten des Bildungsurlaubs ausweiten. (S. 58 / 132)</p>	<p>Forderung nach enormen Anstrengungen bei der Erwachsenenbildung, Weiterbildung und technischen Ausbildung. Unterstützung der Belegschaft, Beschäftigte im Betrieb zu halten und für neue Aufgaben zu qualifizieren. Vermittlung von Digitalkompetenz für alle Hamburger gefordert. (S. 37 / 59)</p>	<p>Schaffung eines Bildungssystems für lebensbegleitendes Lernen gefordert. Weiterentwicklung der Meisterkurse in Richtung Digitalisierung. Integration des Bereichs „Unternehmerkompetenz“ in die Fortbildung von Fachkräften. Ausbau des Elbcampus zur Hochschule des Handwerks. Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sollen verstärkt die Möglichkeit erhalten, eine Berufsausbildung nachzuholen. Modellversuch geplant, in dem ein Facharbeiterabschluss in Etappen möglich sein soll. (S. 27-28 / 40)</p>	<p>Keine Aussage</p>

Gewerbeflächen, Stadtentwicklung und Verkehr

Gewerbeflächen sichern: im Bestand und im Neubau	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Bestand: Bestandsschutz und Erweiterungsmöglichkeit auch für „wesentlich störende“ Gewerke	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Forderung nach Schutz des inhabergeführten, für Nahversorgung und Quartiersidentität wichtigen Kleingewerbes. Forderung nach einer Entfristung der Gewerbemietverträge. (S. 10 / 35)	Keine Aussage	Keine Aussage
Neubau: Innerstädtische Verdichtung in echter Nutzungsmischung, planrechtlich sichere Verschränkung von Wohnen und Gewerbe	Umsetzung von Flächenrecycling: unter- und fehlgenutzte Flächen für Wohnungs- und Gewerbebau nutzen. Schnellere Baugenehmigungen und Realisierungen durch Digitalisierung. Ansiedlung von Handwerksbetrieben im Stadtgebiet durch mehrgeschossige Gewerbeimmobilien weiter ermöglichen. (S. 13 / 17 / 45)	Einsatz für Gewerbeflächen zu fairen Konditionen und für Handwerkerhöfe auch in Wohngebieten. CDU steht für gemischte Quartiere. Kombination von Gewerbe im Erdgeschoss und Wohnnutzung in den oberen Stockwerken bei emissionsfreien Gewerben angestrebt und Kombination von Werkshöfen für Klein- und Dienstleistungsgewerbe mit Wohnungen in Neubauten. (S. 9 / 18 / 31-33)	Wohnen und Gewerbe sollen wieder stärker zusammen gedacht werden. Meistermeile wird als Beispiel genannt, wie Verdichtung in der Stadt funktionieren kann. Handwerk soll mit intelligenten Konzepten gefördert werden. (S. 140)	Funktionsfähiger Mix von Einzelhandel und Gewerbe in Bezirken und Quartieren ist wichtig. Forderung nach einem aktiven Eingreifen der Stadt für Förderung und Erhalt der Vielfalt von Handel und Gewerbe in den Quartieren. (S. 34-35)	Einführung von Präzisionen für Bezirke für die Genehmigung von Gewerbeansiedlung. Flächen für verbrauchernahes Handwerk sollen in Zukunft in jedem Bebauungsplan berücksichtigt werden. (S. 26-27)	Keine Aussage



Gewerbeflächen sichern: im Bestand und im Neubau	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Neubau: Paradigmenwechsel bei der Planung: Statistische Extrapolation statt Benennung konkreter Bedarfsträger als Basis	Zitat: „Für ein weiteres Wirtschaftswachstum unserer Stadt setzen wir [...] auf einen breiten Branchenmix aus Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Hafen und Industrie.“ (S. 44)	Verbesserte Koordination für Gewerbeflächenentwicklung angestrebt. (S. 33)	Reformierung des Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen – Ausrichtung am Gemeinwohl und Mitverantwortung für die Umsetzung der Stadtentwicklungsziele. Entwicklung eines kooperativen Baulandmodells. Bestehende Gewerbegebiete sollen nach dem Grundsatz der Flächeneffizienz weiterentwickelt werden. (S. 41 / 47)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Förderung von Gewerbehöfen						
Investitionsprogramm für Gewerbehöfe (gestapelte Fläche), offen auch für private Investoren	Es sollen weitere Flächen für gestapeltes Gewerbe genutzt und Handwerk gefördert werden. (S. 45)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage



Förderung von Gewerbetrieben	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Beratung/Begleitung von Handwerker-Vorhaben in Eigenregie (Genossenschaften)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Mittelstandsfreundliches Erbpacht-Modell für größere Einzel-Grundstücke (inkl. Finanzierungsinstrument)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Forderung einer Vergabe von Industrie- und Gewerbeflächen ausschließlich in Erbpacht. (S. 34)	Keine Aussage	Keine Aussage
Verkehrsplanung/-träger: Garantie der „letzten Meile“						
für den motorisierten Wirtschaftsverkehr	Weiterentwicklung nachhaltiger City Logistik-Konzepte. Erreichbarkeit für Lieferverkehr ist sicherzustellen. Lieferverkehr via Auto soll auch auf geplanten Fahrradstraßen möglich sein. (S. 16 / 30)	Keine Aussage	Für neue Gewerbeflächen soll die Versorgung über Verkehre des Umweltverbundes sichergestellt bzw. zur Bedingung gemacht werden. Bis 2025 soll die letzte Meile im Lieferverkehr emissionsfrei sein. (S. 11 / 141)	Forderung nach autofreier Innenstadt mit Ausnahmeregelung für Handwerker. 30 km/h Regelgeschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet geplant sowie umweltfreundliche Abwicklung des Lieferverkehrs dank Citylogistik. (S. 17 / 20)	Autofreie Zonen nur mit Zustimmung des anliegenden Einzelhandels und Gewerbes sowie der Anwohner. Verbesserung der Bedingungen für den zunehmenden Lieferverkehr. Die Politik sollte innovativen Konzepten Raum zur Weiterentwicklung geben. (S. 67-69)	Forderung, Angebote statt Verbote zu schaffen und in der Verkehrspolitik nicht einseitig gegen Autofahrer zu agieren. (S. 18)



Verkehrsplanung/-träger: Garantie der „letzten Meile“	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
enge Einbindung des Handwerks in Konzeption/Umsetzung	Entwicklung einer „Stadtwerkstatt Innenstadt 2030“ sowie Plan eines „Bündnisses für die Mobilitätswende“. (S. 16 / 26)	Keine Aussage	Keine Aussage	Entwicklung neuer Lösungen für Lieferverkehr und Logistik des Handwerks mit Blick auf Verkehrsberuhigung gemeinsam mit den Kammern. (S. 35)	Keine Aussage	Keine Aussage
E-Mobilität: Fahrzeugkauf fördern, Ladeinfrastruktur ausbauen	Schaffung von mehr E-Ladesäulen und Wasserstofftankstellen. Förderung von nachträglichem Einbau von Ladeinfrastruktur in privaten Garagen sowie Einsatz für hinreichende Anschlusskapazitäten der Stromladungen bei Neubauten. Fortschreitende Elektrifizierung des öffentlichen und privaten Verkehrs. (S. 31 / 42)	Förderung innovativer Antriebe, z.B. leistungsstarke Elektromobilität und Wasserstoff. Ausbau von leistungsfähigen Schnell-Ladestationen und Ladepunkten für Elektromobilität und gewerbliche Wasserstoffmobilität. Attraktivitätssteigerung der Elektromobilität. (S. 38 / 47)	Verbesserung der Ladeinfrastruktur durch Verdoppelung der Anzahl der Ladestationen in dieser Legislatur. (S. 31)	Keine Aussage	Forderung einer Chancengerechtigkeit für alle technologischen Optionen hinsichtlich Förderung und Berücksichtigung der Umweltbilanz. Gute Rahmenbedingungen für Drittanbieter schaffen, um den Ausbau von Ladestationen voranzubringen. (S. 67)	AfD wird andere zukunftsweisende Technologien wie Hybrid- und Wasserstofftechnologien forcieren. (S. 19)



Verkehrsfluss	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Baustellenkoordination konsequent umsetzen	Modernes Baustellenmanagement für bessere Absprache und Koordination aller städtischen und privaten Bau-träger geplant. (S. 35)	Einführung eines Verkehrsmodells, mit dem alle Projekte und Maßnahmen im Straßenverkehr simuliert und berechnet werden können. Verbesserung des Baustellenmanagements der Stadt und Baustellenkoordination mit den Umlandgemeinde Schaffung einer länderübergreifenden Stelle für Baustellenkoordination in der Metropolregion. (S. 18 / 41)	Keine Aussage	Keine Aussage	Durch zentrales Baustellenmanagement, das alle Akteure einbindet, sollen Bauvorhaben zielgerichtet geplant und so durchgeführt werden, dass der Verkehrsfluss gewährleistet wird. (S. 66)	Intelligente Baustellenkoordination mit durchdachtem Ressourceneinsatz angestrebt. Begrenzung der Anzahl parallel betriebener Baustellen. (S. 19)
zuverlässige Information über aktuelle Beeinträchtigungen des Verkehrsflusses und geplante Großvorhaben, Ausweich-Routen	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Verkehrsteilnehmer müssen frühzeitig durch entsprechende Beschilderung auf Bau-maßnahmen hingewiesen werden. Verkehrs- und Baustellenplanung müssen Zuverlässigkeit und Kontinuität aufweisen. (S. 66 / 68)	Keine Aussage



Verkehrsfluss	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
flächendeckender Einsatz digitaler Steuerungssysteme (Telematik)	Einführung von „digitalem Parken“ (App zeigt freie Parkplätze auf). Baustellenkoordination durch intelligente Verkehrssteuerung angestrebt. Hamburg soll Modellstadt für intelligente Verkehrs- und Transportsysteme werden. (S. 23 / 31)	Investitionen in Verkehrsinfrastruktur sind nötig. Forderung einer effizienten Steuerung von Güter- und Lieferverkehr sowie einer intelligenten Verkehrslenkung und -steuerung. Hamburg soll im Bereich des automatisierten und vernetzten Fahrens das Testfeld Nummer eins werden. Einsatz intelligenter Ampelsysteme geplant. (S. 18 / 41 / 47)	Keine Aussage	Forderung eines computergestützten Verkehrsmodells. (S. 18)	Einführung von „digitalem Parken“ (App zeigt freie Parkplätze auf). S. 68	Keine Aussage
Handwerkerparken						
Verschlanung und Vereinfachung des Verfahrens (bis zur pauschalen Ausnahmegenehmigung)	Keine Aussage	Erleichterung des Parkens am Einsatzort für Handwerker, durch z.B. temporäre Parkzonen oder mindestens einjährige Ausnahmeregelungen. (S. 18 / 42)	Keine Aussage	Keine Aussage	Bedarfsgerechte Einrichtung von Haltezo- nen für Lieferverkehr und Handwerker. (S. 68)	Parkplätze schaffen, bis Bedarf gedeckt ist und so Suchverkehr re- duzieren. (S. 19)

Rahmenbedingungen für Kleinbetriebe

Masterplan Handwerk 2030	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Bekennnis zur Erneuerung und Fortführung der Senatsvereinbarung	Jährliche Fortschreibung des Masterplans Handwerk geplant. (S. 44)	Keine Aussage	Stärkung und Weiterentwicklung des Masterplans Handwerk angestrebt. (S. 140)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Wirtschafts-, Digitalisierungs-, Innovationsförderung						
Bezirkliche Wirtschaftsförderungsbeauftragte: keine Stellenkürzung	Funktion der Wirtschaftsförderer in den Bezirken soll gestärkt werden. (S. 44)	Finanzielle Spielräume werden für Investitionen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes genutzt. (S. 78)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Zuschuss- und Darlehensförderung von Digitalisierungsvorhaben; „Hamburger Kompetenzzentrum Digitale Prozesse im Handwerk“	Die Digitalisierung im Handwerk soll stärker unterstützt werden. (S. 45)	Einrichtung von Technologie- und Innovationsparks geplant. (S. 14)	Keine Aussage	Gesamtstrategie Digitalisierung über alle Unternehmensverbände hinweg geplant. Bestandsaufnahme aller Förder- und Beratungsmöglichkeiten für Betriebe hinsichtlich Digitalisierung geplant. (S. 35)	Unterstützung der Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle – „Digitalbonus“. (S. 27)	Keine Aussage



Masterplan Handwerk 2030	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Analyse zu Potenzialen des 3D-Drucks; zu Auswirkung von Automation	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Feststellung, dass das Handwerk 3D noch zu wenig nutzt. Neue Expertenlaufbahnen, wie z.B. 3-D-Druck-Spezialist, wären sowohl für die Weiterentwicklung von Betrieben als auch zur Attraktivitätssteigerung gegenüber Jugendlichen sinnvoll. (S. 27)	Keine Aussage
Anpassung des Innovationsförderungs-Begriffs der FHH	Innovationsstrategie soll u.a. gemeinsam mit Unternehmen neu aufgelegt werden. Der Innovationspolitik wird ein erweiterter Innovationsbegriff zugrunde gelegt. Entwicklung von Innovationsparks zu „Innovationsökosystemen“. Evaluierung und Weiterentwicklung des Innovations- und Wachstumsfonds geplant. Entwicklung des Förderprogramms „Innovation im Digitalen“. (S. 48-51)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Hamburg soll zum Leuchtturm der Digitalpolitik werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen besser werden. (S. 21)	Keine Aussage



Ordnungspolitik und Vergabe	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Unternehmerische Aktivitäten der FHH beschränken (Einflussmöglichkeit für Wirtschaftskammern)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Regelwerk der Kernverwaltung auch für öffentliche Unternehmen	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Weiterentwicklung der Auftragsvergabe (eVergabe: Multibieter-Client)	Keine Aussage	Allgemeine Forderung: Die öffentliche Hand soll mithilfe digitaler Lösungen in der Entscheidungsfindung, im Verwaltungshandeln, in der Interaktion und der Organisation öffentlicher Leistungen agiler und transparenter werden. (S. 19)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage



Erhalt der mittelständischen Wirtschaftsstruktur	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Förderung von qualifizierten Neugründungen im Handwerk	Weiterführung der Unterstützung des Hamburger Gründermarktes durch Innovations- und Wachstumsfonds (100 Mio. Euro). Unterstützung von Start-Ups bei der Suche nach Investoren durch neue Veranstaltungsformate und Plattformen. Ausbau der Ansiedlung von Start-Ups am Harburg Channel. (S. 48-49 / 74)	Verwaltung soll auf Bedürfnisse von Start-Ups eingestellt werden (Zuständigkeiten bündeln, zentrale Anlaufstellen, erweiterte und klare Fördermöglichkeiten). (S. 14 / 20)	Keine Aussage	Keine Aussage	Einführung eines bürokratiefreien ersten Gründerjahres. Überarbeitung bestehender Förderprogramme, um sie deutlich stärker auf das Handwerk auszurichten. Einrichtung eines One-Stop-Shops für Handwerksbetriebe, um die Nutzung der zahlreichen Förder- und Beratungsprogramme zu erleichtern. (S. 22 / 27)	Absenkung des Gewerbesteuerersatzes. (S. 33)
Förderung und Begleitung der Betriebsnachfolge im Handwerk	Keine Aussage	Allgemein: Potential der Zugewanderten für Betriebsnachfolgen und Gründung nutzen – Strategie für mehr Internationalität und eine Willkommenskultur in allen Bereichen des Wirtschafts-, Sozial- und Bildungswesens notwendig. (S. 67)	Betriebsübergabe im Handwerk soll mit intelligenten Konzepten gefördert werden. (S. 140)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage



Bürokratielasten	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
Prüfung/Evaluierung von FHH-Gesetzen auf Bürokratiekosten (mit Blick auf die Interessen von Klein- und Kleinstbetrieben)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Einrichtung einer Stabsstelle „Bürokratieabbau“	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Einbindung der HWK über einen „Bürokratie-Beirat“	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage

Umwelt und Energie

Fortschreibung Klimaplan	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
faire Rahmenbedingungen für einen forcierten Klimaschutz in allen Sektoren (inkl. Gewerbe / Handel / Dienstleistungen)	Auf dem Weg zur Klimaneutralität (bis 2050) sollen die Wirtschaftskraft und gute Arbeitsplätze erhalten werden. Technologiebetriebener Klimaschutz als große Chance für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Stärkung des Handwerks durch die Stadt. (S. 37-38)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Umstellungsprozesse müssen mit Vernunft und Augenmaß geschehen, so dass kein volkswirtschaftlicher Schaden entsteht. (S. 56)	Es gibt keinen Grund zur Klimahysterie. Eine entsprechende Politik des Verzichts und der Verbote lehnt die AfD ab. (S. 29)
faire Energiepreise: Benachteiligung von Handwerksbetrieben gegenüber energieintensiven Großunternehmen abmildern	Einführung einer Klima-prämie zur Förderung von Investitionen zur Emissionsreduktion. (S. 38)	Keine Aussage	Planung einer grundlegenden Reform der Energiesteuern und -abgaben. (S. 9)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
enge Abstimmung der handwerksbezogenen Maßnahmen mit der HWK	Umbau zur nachhaltigen Wirtschaft soll im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft gestaltet werden. (S. 37)	Klimaschutzgesetz soll in enger Abstimmung mit der Wirtschaft auf den Weg gebracht werden. (S. 44)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage



Fachkräftebedarf „Klimawendetechniker“	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD
konzertierte Aktion zur Linderung des Fachkräftemangels in den relevanten Berufen der Bau- und Baufolge-Gewerke	Keine Aussage	Keine Aussage	Der Mangel an qualifizierten Handwerkern bremst die grüne Transformation der Stadt. (S. 130)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage